

# Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 21 – CCS-Versuchsprojekt in Schleswig-Holstein

Dazu sagt der energiepolitische Sprecher  
der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

**Detlef Matthiessen:**

**Landtagsfraktion  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503

Fax: 0431 / 988 - 1501

Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh.gruene-fraktion.de

**Nr. 027.09 / 28.01.2009**

## Saubere Kohle? Dreckige Lüge!

Die FDP setzt auf neue Kohlekraftwerke in Brunsbüttel. Widersprüche im eigenen Handeln interessieren Dr. Garg offenbar nicht, der nebenbei ja auch Kreisvorsitzender der FDP in Kiel ist. In der Kieler Ratsversammlung agiert die FDP zusammen mit der CDU pro Kohlekraftwerk und vergisst völlig ihre Aussage im eigenen Wahlprogramm.

Dort steht unmissverständlich in Anlehnung an GRÜNE Forderungen, wir lehnen den Neubau eines Kohlegroßkraftwerkes ab, wir wollen auf dem Ostufer ein Gas- und Dampfturbinenkraftwerk errichten, das zunächst mit Erdgas, später mit Biogas betrieben wird. Ansonsten dezentrale BHKWs und erneuerbare Energien.

Aber was folgt in der Praxis. Bei der Abstimmung in der Ratsversammlung über das Aus für das 800 Megawatt-Kohlekraftwerk stimmt die FDP dagegen. Wann hat eine Oppositionspartei mal das Glück eigene Programminhalte zu 100 Prozent umzusetzen? Aber nein, es muss ja e.on und dem Stadtwerkevorstand gefolgt werden.

Viel besser ist auch die Bundesregierung nicht. Hand in Hand fordern die Kanzlerin und der so genannte Umweltminister den Neubau von Stein- sowie Braunkohlekraftwerken.

Umweltminister Gabriel wird immer absurder in seiner Verrantheit in den Bau neuer Kohlekraftwerke. Auf einer Konferenz des Energiekonzerns EnBW - Nachtigall ich hör dir trapsen - erklärte der Minister, dass er einen Teil der Einnahmen aus dem Emissionshandel als Beihilfe für den Bau von Kohlekraftwerken nutzen will. Da Kohlekraftwerke immer unwirtschaftlicher werden, soll nun Staatsknete helfen.

Ganz aktuell ist eine Diplomarbeit von Frauke Wiese an der Universität Flensburg zum Thema „Auswirkungen der Offshore-Windenergie auf den Betrieb von Kohlekraftwerken in Brunsbüttel“.

Durch die gesetzlich festgelegte vorrangige Einspeisung von Windstrom in die Stromnetze wird der Strom aus Kohlekraftwerken verdrängt. Deshalb werden die geplanten Kohlekraftwerke in Brunsbüttel keine Wirtschaftlichkeit erreichen. Atomkraftwerke und große Kohlekraftwerke können Schwankungen des Stroms aus Wind und Sonne nicht ausgleichen. Das können Gaskraftwerke viel besser.

Neue Kohlekraftwerke sind die nächsten Pleite-Immobilien. Prof. Olav Hohmeyer von der Universität Flensburg, der die Diplomarbeit betreute, hat vollkommen recht, wenn er erklärt: „Die Ökonomie arbeitet für den Klimaschutz und für die Gegner neuer Kohle- und alter Kernkraftwerke“. Prof. Hohmeyer ist Leiter des Studiengangs Energie- und Umweltmanagement und stellvertretender Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Climate Change Mitigation“ der UN-Klimaausschusses IPCC (intergovernmental panel on climate change). Der IPCC erhielt 2007 den Friedensnobelpreis. Prof. Hohmeyer weiß wovon er redet. Eine klare Bestätigung der GRÜNEN Energiepolitik!

Mit der CCS-Technologie wird die Machbarkeit von „clean coal“ suggeriert, das ist die letzte Trumpfkarte der Kohleindustrie.

In Schleswig-Holstein hat die RWE-DEA AG im März 2008 auf Antrag eine Erlaubnis nach § 7 Bundesberggesetz (BBergG) erhalten, die Möglichkeiten der Speicherung von CO<sub>2</sub> zu untersuchen. Der Antrag wurde vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) genehmigt. RWE DEA untersucht drei Gebiete: in Nordfriesland, Ostholstein, Flensburg und der küstennahen Nordsee außerhalb der zwölf Meilen Zone. Die Untersuchungen erfolgen seismisch, eine Probebohrung wird es frühestens im Sommer 2010 geben. Es liegt aber noch kein Antrag vor, in Schleswig-Holstein CO<sub>2</sub> geologisch zu speichern.

Hans Peter Villis, Vorstandsvorsitzender EnBW, hat in den Energiewirtschaftlichen Tagesfragen (ET) vom November 2008 erklärt: „CCS ist für uns derzeit nicht wirtschaftlich nutzbar. Wir produzieren CO<sub>2</sub> dort, wo keine Speichermöglichkeiten sind.“ Das neue EnBW-Steinkohlekraftwerk in Karlsruhe werde zwar mit der nötigen CCS-Abscheidetechnologie ausgerüstet, doch der Transport von mehreren 100.000 Tonnen CO<sub>2</sub> zu verfügbaren Speichern beispielsweise in Niedersachsen werde kaum finanzierbar oder durchsetzbar sein.

Anders Vattenfall, der Konzern hat gerade in der Lausitz das erste kleine Braunkohlekraftwerk mit CCS angefahren.

Die McKinsey-Studie „Carbon Capture and Storage: Assessing the Economics“ geht davon aus, dass die CO<sub>2</sub>-Abscheidung und Speicherung ab 2030 wirtschaftlich sein kann.

Im Landeshaushalt sind beim Umweltministerium für das „Projekt zur Modellierung und Parametrierung von CO<sub>2</sub> Speicherung in salinen Formationen 171.400 Euro (2009) und 153.900 Euro (2010) eingestellt. Die GRÜNE Fraktion hat beantragt, diese Mittel zu

streichen.

Die EU-Kommission hat eine Richtlinie für CCS vorgeschlagen; der Richtlinienentwurf befindet sich im parlamentarischen Verfahren des EU-Parlaments. Zudem gibt es dazu einen Beschluss des Bundesrates (Drs. 104/08 Beschluss). Ein Gesetzesentwurf zur Umsetzung des CCS Richtlinie steht noch aus.

Im Auftrag der Stromkonzerne hat eine Bonner Kanzlei einen 25 Paragraphen fassenden Vorschlag für ein Gesetz über Anlagen zur Abscheidung, zum Transport und zur Speicherung von CO<sub>2</sub> (Kohlendioxid-Anlagengesetz) Mitte November 2008 vorgelegt.

Wichtig ist die Klassifizierung: Ist das gelagerte CO<sub>2</sub> Abfall, dann ist das Bundesumweltministerium bzw. sind die Umweltministerien der Länder zuständig. Gilt das CO<sub>2</sub> aber nicht als Abfall dann gelten nicht die Regeln des Abfallrechtes sondern des Bergrechtes. So sieht das die Bonner Kanzlei. Das ist ganz praktisch, weil auf Bundes- und Landesebene das Bergrecht beim Wirtschaftsministerium angesiedelt ist.

Im Februar 2008 hat das US-Energieministerium den Bau eines CO<sub>2</sub>-freien Kohlekraftwerks mit CCS in Illinois wegen der zu hohen Kosten gestoppt.

Wir haben viele Gründe gegen die CCS-Technik.

- die CCS-Technologie ist technisch nicht ausgereift,
- die Wirkungsgrade der Kraftwerke würden deutlich sinken,
- die CCS-Technologie kommt zu spät für die Klimarettung,
- CCS verteuert die Erzeugung von Strom und Wärme,
- neue Kohlekraftwerke mit der CCS-Option verhindern die Energiewende hin zu den Erneuerbaren Energien,
- CO<sub>2</sub>-Senken für Biomasse-Kraftwerke werden verstopft,
- neue Ewigkeitskosten der sicheren CO<sub>2</sub>-Lagerung werden entstehen.

Deshalb lehnen wir CCS ab.

Saubere Kohle: Das ist eine dreckige Lüge!

\* \* \*